



Ausschuss für Wissenschaft und Forschung

17. Sitzung (öffentlich)

29. November 2001

Düsseldorf - Haus des Landtags

13.30 Uhr bis 16.10 Uhr

Vorsitz: Joachim Schultz-Tornau (FDP)

Stenografin: Eva-Maria Bartylla

Verhandlungspunkte und Ergebnisse: Seite

1 Aktuelle Viertelstunde 1

**Thema: Geplanter Beschluss der Innenminister-Konferenz,
den Master an Fachhochschulen besoldungsmäßig
ungleich gegenüber dem Master an Universitäten zu
behandeln**

Ministerin Behler nimmt Stellung.

2 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2002 (Haushaltsgesetz 2002) und Gesetz zur Änderung und Aufhebung haushaltswirksamer Landesgesetze (Haushaltsbegleitgesetz 2002) und Gesetz zur Überleitung von Lehrkräften mit den Befähigungen für die Lehrämter für die Sekundarstufen I und II an Gymnasien und Gesamtschulen in die Besoldungsgruppe A 13 (höherer Dienst)

3

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksachen 13/1400 und 13/1700

Vorlagen 13/850 und 13/895

Einzelplan 05 - Ministerium für Schule, Wissenschaft und Forschung

Hier: Bereich Wissenschaft und Forschung

Die einzelnen Anträge und Abstimmungsergebnisse sind *Anlage 1* zu entnehmen.

Der Ausschuss stimmt in der Gesamtabstimmung dem Einzelplan 05 seinen Zuständigkeitsbereich betreffend - einschließlich der zuvor beschlossenen Änderungen - mit den Stimmen von SPD und Grünen gegen die Stimmen von CDU und FDP zu.

Der Ausschuss fasst ferner einstimmig den Beschluss, die Landesregierung zur Umsetzung der beschlossenen Änderungen in die haushaltsrechtlich richtige Form zu ermächtigen, die sich aus Personalbeschlüssen ergebenden Änderungen in den Veränderungsnachweis einzustellen und im Übrigen die Beschlüsse haushaltsrechtlich umzusetzen.

Als Berichterstatterin bestimmt der Ausschuss Cornelia Tausch (SPD).

3 Keine Alleingänge der Landesregierung in der Biopolitik - Die Politik muss in der Debatte über Chancen und Risiken der Gentechnik glaubwürdig bleiben

3

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 13/1299 - Neudruck -

In Verbindung damit:

Entschließungsantrag der Fraktion der SPD und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 13/1733

Der Ausschuss stimmt dem neu formulierten gemeinsamen Antrag von SPD, Grünen und CDU (*siehe Anlage 2*) mit den Stimmen dieser drei Fraktionen gegen die Stimmen der FDP zu.

4 Beim Hochschulzugang den Wettbewerb fördern - Staatliche Studienplatzvergabe (ZVS) einschränken

13

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 13/716
Ausschuss-Protokoll 13/373

In Verbindung damit:

Entschließungsantrag der Fraktion der FDP
Drucksache 13/756

Entschließungsantrag der Fraktion der SPD und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 13/1807

Der Ausschuss lehnt den Antrag der CDU mit den Stimmen von SPD, Grünen und FDP gegen die Stimmen der CDU ab.

Den Entschließungsantrag der Fraktion der FDP lehnt der Ausschuss mit den Stimmen von SPD und Grünen gegen die Stimmen von CDU und FDP ab.

Dem Entschließungsantrag von SPD und Grünen stimmt der Ausschuss mit den Stimmen von SPD und Grünen gegen die Stimmen von CDU und FDP zu.

5 Hochschulland NRW im 21. Jahrhundert - Flexibilisierung und Exzellenz durch neues Dienstrecht 15

Antrag der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 13/1742

Entschließungsantrag der Fraktion der CDU
Drucksache 13/1777

Der Ausschuss nimmt den Antrag der Koalitionsfraktionen mit den Stimmen von SPD und Grünen gegen die Stimmen von CDU und FDP an.

Den Entschließungsantrag der CDU lehnt der Ausschuss ab mit den Stimmen von SPD und Grünen bei Zustimmung der CDU und Enthaltung der FDP.

- 2 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2002 (Haushaltsgesetz 2002) und Gesetz zur Änderung und Aufhebung haushaltswirksamer Landesgesetze (Haushaltsbegleitgesetz 2002) und Gesetz zur Überleitung von Lehrkräften mit den Befähigungen für die Lehrämter für die Sekundarstufen I und II an Gymnasien und Gesamtschulen in die Besoldungsgruppe A 13 (höherer Dienst)**

Gesetzentwurf der Landesregierung

Drucksachen 13/1400 und 13/1700

Vorlagen 13/850 und 13/895

Einzelplan 05 - Ministerium für Schule, Wissenschaft und Forschung

Hier: Bereich Wissenschaft und Forschung

Die einzelnen **Anträge** und **Abstimmungsergebnisse** sind *Anlage 1* zu entnehmen. Das **Ergebnis der Gesamtabstimmung** zu Einzelplan 05 ist im Beschlussprotokoll aufgeführt.

- 3 Keine Alleingänge der Landesregierung in der Biopolitik - Die Politik muss in der Debatte über Chancen und Risiken der Gentechnik glaubwürdig bleiben**

Antrag der Fraktion der CDU

Drucksache 13/1299 - Neudruck -

In Verbindung damit:

Entschließungsantrag der Fraktion der SPD und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Drucksache 13/1733

Vorsitzender Joachim Schultz-Tornau weist darauf hin, dass die drei mitberatenden Ausschüsse - der Arbeitsausschuss, der Frauenausschuss und der Rechtsausschuss - den CDU-Antrag mit den Stimmen von SPD, Grünen und FDP abgelehnt hätten.

Manfred Kuhmichel (CDU) legt dar, bei dem CDU-Antrag handele es sich um den Rest eines größer angelegten Antragspakets, das zum Teil dadurch abgearbeitet sei, dass am 20. Juni eine umfangreiche Debatte stattgefunden habe. Er wolle aber kurz vortragen, welche Punkte des Antrags noch erledigt werden müssten. Der Antrag laute: "Der Landtag fordert die Landesregierung auf, keine Fakten zu schaffen und keine wie auch immer geartete Zustimmung, Billigung oder Unterstützung für den Import embryonaler Stammzellen und die Forschung an ihnen zu gewähren, bis der Bundestag zu einer Entscheidung gekommen ist."

**Änderungsanträge der Fraktionen zum Einzelplan 05
im Ausschuss für Wissenschaft und Forschung
zum Haushaltsgesetz 2002**

- Personalhaushalt -

Anlage zu Vorlage 13/1117

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
1	SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	<p>Kapitel 05 100 - Hochschulen und Universitätsklinika Allgemein</p> <p>Titel 429 20 - Mittel zur Förderung der Promotion von Fachhochschulabsolventen (Bd. V/2, S. 10/11)</p> <p>Haushaltsvermerk zum Titel unverändert.</p> <p>Änderung der Erläuterungen zu Titel 429 20:</p> <p>Es wird folgender Satz angefügt:</p> <p>"Von den veranschlagten Mitteln werden mindestens 300.000 EUR zur Steigerung des Frauenanteils am wissenschaftlichen Nachwuchs verwendet."</p>	<p>angenommen</p> <p>SPD ja CDU nein FDP nein GRÜNE ja</p>

Anlage zu Vorlage 13/1117

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis														
2	SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	<p>Kapitel 05 100 - Hochschulen und Universitätsklinika Allgemein</p> <p>Titelgruppe 62 - Frauenförderung</p> <p>Titel 429 62 - Sonstige Personalausgaben (Bd. V/2, S. 20/21)</p> <p>Erhöhung des Ansatzes</p> <table border="0"> <tr> <td>von</td> <td>288.100 EUR</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td>250.500 EUR</td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td>538.600 EUR</td> </tr> </table> <p>Änderung der Erläuterungen zu Titel 429 62 wie folgt:</p> <p>"Veranschlagt sind die Mittel zur befristeten Vergütung von Personal (Hilfskräften, Aushilfen, Fachreferenten):</p> <p>a) für die Aufgaben der Gleichstellungsbeauftragten in den Hochschulen (ausschl. Landesaufgabe) 400.000 EUR</p> <p>b) im Rahmen von Maßnahmen nach Art. 1 § 1 Abs. 2b (Geschäftsstelle des Netzwerks Frauenforschung) - Bundesanteil: 30.800 EUR - 61.600 EUR</p> <p>c) im Rahmen von Maßnahmen nach Art. 1 § 1 Abs. 2c (Steigerung des Frauenanteils in naturwiss.-techn. Studiengängen) - Bundesanteil: 38.500 EUR 77.000 EUR</p> <p>Summe (Bundesanteil: 69.300 EUR): 538.600 EUR</p>	von	288.100 EUR	um	250.500 EUR	auf	538.600 EUR	<p>angenommen</p> <table border="0"> <tr> <td>SPD</td> <td>ja</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td>ja</td> </tr> </table>	SPD	ja	CDU	nein	FDP	nein	GRÜNE	ja
von	288.100 EUR																
um	250.500 EUR																
auf	538.600 EUR																
SPD	ja																
CDU	nein																
FDP	nein																
GRÜNE	ja																

Anlage zu Vorlage 13/1117

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
3	SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Kapitel 05 100 - Hochschulen und Universitätsklinika Allgemein Titelgruppe 90 - Studienreform 2000 plus Haushaltsvermerke zur Titelgruppe unverändert Titel 429 90 - Sonstige Personalausgaben (Bd. V/2, S. 28/29) Erhöhung des Ansatzes von 5.588.900 EUR um 250.000 EUR auf 5.838.900 EUR Der Antrag enthält auch folgenden Teil zum Sachhaushalt: Titel 547 90 - Sächliche Verwaltungsausgaben Erhöhung des Baransatzes von 3.602.800 EUR um 250.000 EUR auf 3.852.800 EUR	angenommen SPD ja CDU nein FDP ja GRÜNE ja

Anlage zu Vorlage 13/1117

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
noch 3		<p>Änderung der Erläuterungen wie folgt:</p> <p>Nach Satz 1 werden folgende Sätze angefügt: "Veranschlagt sind die Mittel für die Durchführung des Programmes "Studienreform 2000plus" sowie für die Anschubfinanzierung von Juniorprofessuren. Die Projektförderung im Rahmen des Programmes "Studienreform 2000plus" umfasst Innovationen in der Lehre, den Landeslehrpreis, hochschuldidaktische Qualifizierung, Evaluation und pauschale Zuweisungen an die Hochschulen zur Unterstützung der Studienreform."</p> <p>Begründung:</p> <p>Die Erhöhung des Baransatzes soll insbesondere der Anschubfinanzierung von Juniorprofessuren als innovatives Element der wissenschaftlichen Qualifizierung dienen. Die Einführung von Juniorprofessoren hat weitreichende Auswirkungen auf die Organisation von Forschung, Lehre und Studium. Für den Erfolg dieser Innovation in der Lehre ist die Einbettung in ein schlüssiges Gesamtkonzept, das auch Veränderungen der Studienstruktur mit einbezieht, zentral. Die Förderung von Juniorprofessuren steht deshalb in einem engen sachlichen Zusammenhang mit den Anstrengungen zur Studienreform.</p>	

Anlage zu Vorlage 13/1117

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
4	CDU	<p>Kapitel 05 020 - Allgemeine Bewilligungen Titel 427 49 - Vergütungen und Löhne für Arbeitnehmer im Rahmen von Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung (Bd. V/1, S. 42)</p> <p>Kürzung des Ansatzes</p> <p>von 4.401.700 EUR um 2.000.000 EUR auf 2.401.700 EUR</p>	<p>abgelehnt</p> <p>SPD nein CDU ja FDP Enth. GRÜNE nein</p>

Anlage zu Vorlage 13/1117

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
5	CDU	<p>Kapitel 05 100 - Hochschulen und Universitätsklinika Allgemein</p> <p>Neuer Titel "Lehrstuhl für islamische Religionspädagogik"</p> <p>Der neue Titel wird mit einem Ansatz von 255.00 EUR dotiert.</p> <p>Begründung: Einführung islamischen Religionsunterrichts in deutscher Sprache als reguläres Unterrichtsfach zur Förderung der Integration</p>	<p>abgelehnt</p> <p>SPD nein CDU ja FDP ja GRÜNE nein</p>

**Änderungsanträge der Fraktionen zum Einzelplan 05
im Ausschuss für Wissenschaft und Forschung
zum Haushaltsgesetz 2002**

Sachhaushalt

Anlage zu Vorlage 13/1117

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
6	SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	<p>Kapitel 05 040 - Forschungsförderung Titelgruppe 71 - Offensive "Zukunftsorientierte Spitzenfor- schung" Haushaltsvermerke zur Titelgruppe unverändert.</p> <p>Titel 547 71 - Sonstige sächliche Ausgaben (Bd. V/1, S. 138)</p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <p>von 2.351.900 EUR um 1.000.000 EUR auf 3.351.900 EUR</p> <p>Verpflichtungsermächtigung zum Titel unverändert.</p> <p>Begründung: Die Erhöhung des Baransatzes soll der Förderung eines Kompetenz- netzwerkes zur Stammzellenforschung dienen. Das Kompetenz- netzwerk soll die unterschiedlichen Richtungen der Stammzellenfor- schung in NRW bündeln und über deren Ergebnisse einen dauerhaften Dialog hinsichtlich der Chancen und Rahmenbedingungen der Stamm- zellenforschung ermöglichen.</p>	<p>angenommen</p> <p>SPD ja CDU nein bei 1 Enth. FDP ja GRÜNE ja</p>

Anlage zu Vorlage 13/1117

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
7	SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	<p>Kapitel 05 040 - Forschungsförderung</p> <p>Titelgruppe 72 - Maßnahmen zur Förderung des In- novationstransfers und zur Personal- absicherung von Existenzgründun- gen im Hochschulbereich</p> <p>(Bd V/1, S. 140/141)</p> <p>Haushaltsvermerke zur Titelgruppe unverändert.</p> <p>Änderung der Erläuterungen zu Titelgruppe 72:</p> <p>Es wird folgender Satz angefügt:</p> <p>"Von den veranschlagten Mitteln werden mindestens 300.000 EUR zur Förderung von Existenzgründerinnen verwendet."</p>	<p>angenommen</p> <p>SPD ja</p> <p>CDU nein</p> <p>FDP nein</p> <p>GRÜNE ja</p>

Anlage zu Vorlage 13/1117

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
8	SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	<p>Kapitel 05 100 - Hochschulen und Universitätsklinika Allgemein</p> <p>Titelgruppe 62 - Frauenförderung (Bd. V/2, S. 20/21)</p> <p>Haushaltsvermerke zur Titelgruppe unverändert.</p> <p>Änderung der Erläuterungen zu Titelgruppe 62 wie folgt:</p> <p>"Veranschlagt für</p> <p>a) Personal- und Sachausstattung für die Wahrnehmung der Aufgaben der Gleichstellungsbeauftragten in Hochschulen sowie</p> <p>b) Maßnahmen nach Artikel 1 § 1 Abs. 1 und 2 der Bundes-Ländervereinbarung vom 16.12.1999 zur Förderung der Weiterentwicklung von Hochschule und Wissenschaft sowie zur Realisierung der Chancengleichheit für Frauen in Forschung und Lehre (Hochschul- und Wissenschaftsprogramm - HWP -).</p> <p>c) Maßnahmen im Sinne des Berichtes der Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung (BLK) vom 30. Oktober 2000.</p> <p>Siehe Erläuterungen zu Titel 231 20."</p>	<p>angenommen</p> <p>SPD ja</p> <p>CDU nein</p> <p>FDP nein</p> <p>GRÜNE ja</p>

Anlage zu Vorlage 13/1117

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
noch 8		<p>Begründung:</p> <p>Die Förderung von Frauen auf allen Ebenen des wissenschaftlichen Qualifikationsprozesses ist eine zentrale Aufgabe der nordrhein-westfälischen Hochschulpolitik. Hierzu sind mit dem Landesgleichstellungsgesetz und dem Hochschulgesetz in den letzten Jahren gute Grundlagen geschaffen worden. Mit der Verankerung der Frauenförderung als Kriterium in der kriteriengeordneten Mittelvergabe an die Hochschulen, dem Netzwerk Frauenforschung, dem Lise-Meitner-Stipendienprogramm und anderen Einrichtungen und Projekten existieren in NRW darüber hinaus gute Instrumente zur Verwirklichung der Ziele, wie sie zuletzt auch in dem Bericht der Bund-Länder-Kommission vom 30. Oktober 2000 auf Bundesebene vereinbart worden sind. Um die weitere Fortsetzung der Arbeit in Richtung auf diese Ziele zu gewährleisten, ist es notwendig, die in der Titelgruppe 62 veranschlagten Mittel gegenüber dem Ansatz der Landesregierung zu erhöhen.</p>	

Anlage zu Vorlage 13/1117

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
9	SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	<p>Kapitel 05 100 - Hochschulen und Universitätsklinikum Allgemein</p> <p>Titelgruppe 62 - Frauenförderung</p> <p>Titel 547 62 - Sächliche Verwaltungsausgaben (Bd. V/2, S. 20/21)</p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <p>von 52.500 EUR</p> <p>um 402.500 EUR</p> <p>auf 455.000 EUR</p> <p>Änderung der Erläuterungen zu Titel 547 62 wie folgt:</p> <p>"Veranschlagt sind die sächlichen Verwaltungsausgaben für die Durchführung von Einzelmaßnahmen:</p> <p>a) für die Aufgaben der Gleichstellungsbeauftragten in den Hochschulen (ausschl. Landesaufgabe) 350.000 EUR</p> <p>b) im Rahmen von Maßnahmen nach Art. 1 § 1 Abs. 2b (Geschäftsstelle des Netzwerks Frauenforschung) 15.000 EUR</p> <p>- Bundesanteil: 7.800 EUR -</p> <p>c) im Rahmen von Maßnahmen nach Art. 1 § 1 Abs. 2c (Steigerung des Frauenanteils in naturwiss.-techn. Studiengängen) - Bundesanteil: 45.000 EUR -</p> <p>Summe (Bundesanteil: 52.800 EUR): 455.000 EUR"</p>	<p>angenommen</p> <p>SPD ja</p> <p>CDU nein</p> <p>FDP nein</p> <p>GRÜNE ja</p>

Anlage zu Vorlage 13/1117

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
10	SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	<p>Kapitel 05 100 - Hochschulen und Universitätsklinika Allgemein</p> <p>Titelgruppe 62 - Frauenförderung</p> <p>Titel 681 62 - Unterstützungen, Stipendien und sonstige Geldleistungen an natürliche Personen (Bd. V/2, S. 20)</p> <p>Kürzung des Ansatzes</p> <p>von 2.543.800 EUR um 53.000 EUR auf 2.490.800 EUR</p> <p>Verpflichtungsermächtigung unverändert.</p>	<p>angenommen</p> <p>SPD ja CDU nein FDP ja GRÜNE ja</p>

Anlage zu Vorlage 13/1117

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
11	SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Kapitel 05 100 - Hochschulen und Universitätsklinika Allgemein Titelgruppe 62 - Frauenförderung Titel 686 62 - Zuschüsse für laufende Zwecke im Inland (Bd. V/2, S. 20) Kürzung des Ansatzes von 1.106.500 EUR um 100.000 EUR auf 1.006.500 EUR	angenommen SPD ja CDU nein FDP ja GRÜNE ja

Anlage zu Vorlage 13/1117

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
12	SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	<p>Kapitel 05 100 - Hochschulen und Universitätsklinika Allgemein</p> <p>Titelgruppe 67 - Ausgaben zur Förderung von "NRW-Graduate-Schools" (Bd. V/2, S. 22/23)</p> <p>Haushaltsvermerke zur Titelgruppe unverändert.</p> <p>Änderung der Erläuterungen zu Titelgruppe 67:</p> <p>Nach Satz 1 wird folgender Satz eingefügt:</p> <p>"Hiervon werden mindestens 300.000 EUR zur Steigerung des Frauenanteils am wissenschaftlichen Nachwuchs verwendet."</p>	<p>angenommen</p> <p>SPD ja CDU nein FDP nein GRÜNE ja</p>

Anlage zu Vorlage 13/1117

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
13	SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	<p>Kapitel 05 100 - Hochschulen und Universitätsklinika Allgemein</p> <p>Titelgruppe 68 - Ausgaben für das Sofortprogramm zur Weiterentwicklung des Informatikstudiums an den deutschen Hochschulen (Bd. V/2, S. 24/25)</p> <p>Haushaltsvermerke zur Titelgruppe unverändert.</p> <p>Änderung der Erläuterungen zu Titelgruppe 68:</p> <p>Es wird folgender Satz angefügt:</p> <p>"Von den veranschlagten Mitteln werden mindestens 200.000 EUR für spezifische Maßnahmen der Frauenförderung verwendet."</p>	<p>angenommen</p> <p>SPD ja CDU nein FDP nein GRÜNE ja</p>

Anlage zu Vorlage 13/1117

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
14	SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	<p>Kapitel 05 100 - Hochschulen und Universitätsklinika Allgemein</p> <p>Titelgruppe 90 - Studienreform 2000 plus (Bd. V/2, S. 28/29)</p> <p>Haushaltsvermerke zur Titelgruppe unverändert.</p> <p>Änderung der Erläuterungen zu Titelgruppe 90:</p> <p>Es wird folgender Satz angefügt:</p> <p>"Von den vorgesehenen Mitteln werden im Rahmen von Zielvereinbarungen mindestens 600.000 EUR für spezifische Maßnahmen der Frauenförderung verwendet."</p>	<p>angenommen</p> <p>SPD ja CDU nein FDP nein GRÜNE ja</p>

Anlage zu Vorlage 13/1117

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
15	SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	<p>Kapitel 05 101 - Qualitätspakt</p> <p>Titelgruppe 81 - Ausgaben im Zusammenhang mit Berufs- und Bleibebehandlungen insbesondere zur Ausstattung von natur- und ingenieurwissenschaftlichen Professuren (Innovationsfonds)</p> <p>(Bd. V/2, S. 40/41)</p> <p>Haushaltsvermerk zur Titelgruppe unverändert.</p> <p>Änderung der Erläuterungen zu Titelgruppe 81:</p> <p>Es wird folgender Satz angefügt:</p> <p>"Darüber hinaus werden mindestens 450.000 EUR für die Berufung von Professorinnen verwendet."</p>	<p>angenommen</p> <p>SPD ja</p> <p>CDU nein</p> <p>FDP nein</p> <p>GRÜNE ja</p>

Anlage zu Vorlage 13/1117

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
16	CDU	Kapitel 05 010 - Ministerium Titel 547 10 - Sonstige sächliche Verwaltungsausgaben (Bd. V/1, S.32) Kürzung des Ansatzes von 800.700 EUR um 250.000 EUR auf 550.700 EUR	abgelehnt SPD nein CDU ja FDP ja GRÜNE nein

Anlage zu Vorlage 13/1117

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis														
17	CDU	<p>Kapitel 05 027 - Allgemeine Schüler- und Studierendenförderung</p> <p>Titel 681 30 - Graduiertenförderung (Bd. V/1, S. 80)</p> <p>Erhöhung des Ansatzes</p> <table data-bbox="683 607 798 1520"> <tr> <td>von</td> <td>2.130.400 EUR</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td>720.000 EUR</td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td>2.850.400 EUR</td> </tr> </table> <p>Vermerk: "Deckungsfähig mit der Titelgruppe 94 der Hochschulen"</p> <p><u>Begründung:</u> Der Förderungshöchstsatz sollte um mindestens 150 im Monat pro Stipendiaten angehoben werden, um die Differenz zur Graduiertenförderung über Graduiertenkollegs zu verringern.</p>	von	2.130.400 EUR	um	720.000 EUR	auf	2.850.400 EUR	<p>abgelehnt</p> <table data-bbox="526 358 678 607"> <tr> <td>SPD</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td>ja</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td>ja</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td>nein</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	ja	FDP	ja	GRÜNE	nein
von	2.130.400 EUR																
um	720.000 EUR																
auf	2.850.400 EUR																
SPD	nein																
CDU	ja																
FDP	ja																
GRÜNE	nein																

Anlage zu Vorlage 13/1117

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
18	CDU	<p>Kapitel 05 071 - Zentralstelle für die Vergabe von Studienplätzen (Bd. V/1, S. 169 ff)</p> <p>Streichung des Kapitels 05 071 und des Gesamtausgabe-Ansatzes von 10.479.600 EUR</p> <p>Begründung:</p> <p>Die ZVS steht echter Autonomie und wirklichem Wettbewerb der Hochschulen entgegen. Die Hochschulen müssen selbst die Auswahl ihrer Studierenden treffen können. Umgekehrt müssen die Studierenden in der Lage sein, an die Hochschule ihrer Wahl zu gehen. Die zugrunde liegenden Regelungen (Vergabeverordnung, Kapazitätsverordnung) steuern lediglich Mengen, sorgen aber nicht für mehr Qualität. Der Staat sollte ausschließlich die Rahmenbedingungen bestimmen und auf Detailsteuerung verzichten.</p>	<p>abgelehnt</p> <p>SPD nein CDU ja FDP ja GRÜNE nein</p> <p>(Der deckungsgleiche FDP-Antrag - lfd. Nr. 24 - hat sich damit erledigt.)</p>

Anlage zu Vorlage 13/1117

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
19	CDU	<p>Kapitel 05 100 - Hochschulen und Universitätsklinika Allgemein</p> <p>Titel 812 13 - Erwerb von Großgeräten im Sinne des Hochschulbauförderungsgesetzes zur Ergänzung und Erneuerung, soweit nicht anderweitig veranschlagt (Bd. V/2, S. 16)</p> <p>Erhöhung des Ansatzes von 28.000.000 EUR um 5.000.000 EUR auf 33.000.000 EUR</p> <p>Begründung: Um eine qualitativ hochwertige Ausbildung zu sichern und international wettbewerbsfähig zu bleiben, müssen die Hochschulen in der Lage sein, die Studenten auf dem neuesten technischen Stand auszubilden. Außerdem werden Professoren nur an solchen Hochschulen dozieren, die bezüglich der Geräteausstattung attraktiv sind und so zu Spitzenforschung einladen.</p>	<p>abgelehnt</p> <p>SPD nein CDU ja FDP ja GRÜNE nein</p>

Anlage zu Vorlage 13/1117

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
20	CDU	<p>Kapitel 05 100 - Hochschulen und Universitätsklinika Allgemein</p> <p>Neuer Titel: "Ausgleichsmittel Hochschulbibliotheken"</p> <p>Der neue Titel wird mit einem Ansatz von 5.000.000 EUR dotiert.</p> <p>Begründung: Zuschuss für die Hochschulbibliotheken zum Auffangen der erheblichen Preissteigerungsrate bei Zeitschriften. Die Notwendigkeit ergibt sich, weil die Hochschulen sonst auf lange Sicht den internationalen Anschluss verlieren.</p>	<p>abgelehnt</p> <p>SPD nein CDU ja FDP ja GRÜNE nein</p>

Anlage zu Vorlage 13/1117

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
21	CDU	<p>Kapitel 05 100 - Hochschulen und Universitätsklinika Allgemein</p> <p>Neuer Titel:</p> <p>"Landesprogramm zur Sicherung der Hochschulinfrastruktur durch Förderung von dringend notwendigen Bau- und Sanierungsmaßnahmen für eine ordnungsgemäße Lehre und Forschung"</p> <p>Der neue Titel wird mit einem Ansatz von 40.000.000 EUR dotiert.</p> <p>Begründung:</p> <p>Die Hochschulen Nordrhein-Westfalens befinden sich in vielen Bereichen in einem baulich äußerst schlechten Zustand - Sanierungsstau rund 2,5 Mrd. EUR. Um überhaupt den Lehrbetrieb an manchen Stellen zu sichern, sind weitere Mittel für die dringendsten Bau- und Sanierungsmaßnahmen notwendig.</p>	<p>abgelehnt</p> <p>SPD nein CDU ja FDP ja GRÜNE nein</p>

Anlage zu Vorlage 13/1117

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
22	FDP	<p>Kapitel 05 027 - Allgemeine Schüler und Studierendenförderung</p> <p>Titel 681 30 - Graduiertenförderung (Bd. V/1, S. 80)</p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <p>von 2.130.400 EUR um 2.869.600 EUR auf 5.000.000 EUR</p> <p>Neuer Haushaltsvermerk:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Die Mittel dienen der individuellen Förderung geisteswissenschaftlicher Graduierte an den Hochschulen. Der Betrag in Höhe von 2.130.400 EUR dient der Erfüllung von Verbindlichkeiten aus dem Graduiertenförderungssetz (Ausfinanzierung). 2. Der zusätzliche Betrag in Höhe von 2.869.000 EUR wird nach prozentualen Anteil geisteswissenschaftlicher Absolventen an die wissenschaftlichen Hochschulen in NRW verteilt. 3. Die Hochschulen bestimmen in Eigenautonomie über Auswahl der zu fördernden Graduierten sowie über die Förderhöhe der zu vergebenden Stipendien." 	<p>abgelehnt</p> <p>SPD nein CDU ja FDP ja GRÜNE nein</p>

Anlage zu Vorlage 13/1117

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
noch 22		<p>Begründung: Das Haushaltsbegleitgesetz sieht einen Wegfall des Graduiertenfördergesetzes vor; neben einer Ausfinanzierung laufender Studienförderungen werden Mittel in Höhe von 1.065.200 EUR laut Auskunft von Ministerin Behler zusätzlich dem Betrag von 300.000 EUR nach einem an der Zahl der geisteswissenschaftlichen Absolventen angelehnten Schlüssel direkt an die Hochschulen umverteilt. Dieser Betrag ist jedoch zu erhöhen, damit umfassende Förderung der geisteswissenschaftlichen Absolventen gewährleistet wird, da insbesondere für seltenere wissenschaftliche Disziplinen ("Orchideenfächer") keine Graduiertenkollegs vorgesehen sind. Da Graduiertenkollegs für naturwissenschaftliche Fächer umfangreich finanziert werden, soll für den geistes- und gesellschaftswissenschaftlichen Bereich ein Ausgleich durch individuelle Graduiertenförderung geschaffen werden. Eine breite Förderung wissenschaftlichen Nachwuchses trägt nachhaltig zur Sicherung des Wissenschaftsstandortes NRW bei. Der Grundsatz der Autonomie der Hochschulen ist begrüßenswert. Im Zuge der Profilbildung im zunehmenden Wettbewerb der Hochschulen untereinander wird die Förderung akademischen Nachwuchses ausdrücklich gewünscht und den Hochschulen daher eine breite und umfassende Graduiertenförderung talentierten geisteswissenschaftlichen Nachwuchses nach eigenen Kriterien ermöglicht.</p>	

Anlage zu Vorlage 13/1117

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
23	FDP	<p>Kapitel 05 027 - Allgemeine Schüler- und Studierendenförderung</p> <p>Titelgruppe 60 - Zuschüsse und Zuweisungen zur Förderung von Jugendmaßnahmen im Rahmen des Landesjugendplans und Zuschüsse aus Mitteln des Landesjugendplans</p> <p>Titel 893 60 - Zuschüsse für Investitionen an sonstige Träger im Inland (Bd. V/1, S. 82)</p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <p>von 6.201.700 EUR um 1.248.300 EUR auf 7.450.000 EUR</p> <p>Begründung: Studentischer Wohnraum ist knapp, der vorhandene in schlechtem baulichen Zustand. Die Erhöhung des Baransatzes schafft einen Ausgleich für die Inflation und sichert reale Konstanz.</p>	<p>abgelehnt</p> <p>SPD nein CDU ja FDP ja GRÜNE nein</p>

Anlage zu Vorlage 13/1117

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
24	FDP	<p>Kapitel 05 071 - Zentralstelle für die Vergabe von Studienplätzen (Bd. V/1, S. 168 ff)</p> <p>Streichung des Kapitels 05 071 und des Gesamtausgabe-Ansatzes von 10.479.600 EUR.</p> <p>Begründung:</p> <p>Der Staatsvertrag mit der ZVS ist zu kündigen.</p> <p>Der Wegfall der ZVS für die Studienplatzzuweisung in NRW ist eine Grundbedingung für Freiheit in Lehre und Studium und mehr Wettbewerb an den Hochschulen.</p> <p>Demnach sollen sich Studienbewerber für alle Fachbereiche direkt bei der Universität ihrer Wahl bewerben können, die Hochschulen erhalten im Gegenzug das Recht, sich unter den Bewerbern die Geeigneten auszusuchen.</p> <p>Dies trägt zu einer Profilbildung der Universitäten bei. Die freigeordneten Mittel in Höhe von 10.479.600 Euro ließen den Globalhaushalten der Universitäten zu.</p> <p>Die Mittel können im Rahmen dessen etwa zur Stärkung ihrer autonomen Studierendenauswahl verwendet werden.</p>	erledigt durch Abstimmung über dekungsgleichen CDU-Antrag (lfd. Nr. 18)

Anlage zu Vorlage 13/1117

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
25	FDP	<p>Kapitel 05 100 - Hochschulen und Universitätsklinika Allgemein</p> <p>hier: Haushaltsvermerke Gliederungspunkt 1: Grundsätze zur Finanzautonomie der Hochschulen (Bd. V/2, S. 2)</p> <p>Nummer 1.4 wird wie folgt neu gefasst:</p> <p>Die Ausgaben der Hauptgruppen 4, 5 und 6 sind übertragbar; Nummer 1.2 Satz 4 gilt entsprechend. Die bei diesen Hauptgruppen und der Hauptgruppe 8 - ohne Maßnahmen nach § 24 LHO - entstehenden Ausgabereste werden, soweit sie nicht nach dem HBFG oder von Dritten finanziert werden, bis zur Höhe von 10% der Ausgaben nach Titel 812 15 übertragen. Über die übertragenen Reste kann vor der allgemeinen Freigabe durch das Finanzministerium verfügt werden.</p> <p><u>Begründung:</u> Durch die beantragte Änderung erhalten die Hochschulen zusätzliche Finanzautonomie. Hiermit geht eine Erhöhung der Flexibilität hinsichtlich finanzieller Planungen seitens der Hochschulen einher.</p>	<p>abgelehnt</p> <p>SPD nein CDU ja FDP ja GRÜNE nein</p>

Anlage zu Vorlage 13/1117

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
26	FDP	<p>Kapitel 05 100 - Hochschulen und Universitätsklinika Allgemein Ausgaben für Investitionen</p> <p>hier:</p> <p>Neuer Titel: "Zur Verstärkung für Investitionen in Forschungsgrößgeräte, Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände und IuK-Technik - Sonderprogramm Hochschulausstattung"</p> <p>Der neue Titel wird mit einem Ansatz von 110.000.000 EUR dotiert.</p> <p>Haushaltsvermerk: "Die Mittel sind zur Verbesserung der Ausstattung (Forschungsgeräte, Sanierung und Erneuerung der Innenausstattung von Hörsälen, Seminarräumen, Labors etc.) an den Hochschulen bestimmt."</p> <p><u>Begründung:</u> Eine moderne infrastrukturelle Ausstattung ist wichtiger und unverzichtbarer Bestandteil eines wettbewerbsfähigen Hochschulstandortes. Da die derzeitige Ausstattungssituation der NRW-Hochschulen unzulänglich ist, sind diese zusätzlichen Mittel notwendig und deren Bereitstellung gerechtfertigt.</p>	<p>abgelehnt</p> <p>SPD nein CDU Enth. FDP ja GRÜNE nein</p>

29.11.2001

Antrag

der Fraktion der SPD,
der Fraktion der CDU und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Neufassung des Antrags der CDU-Fraktion (Drucksache 13/1299 - Neudruck) als gemeinsamer Antrag der Fraktionen der SPD, der CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gemäß Beschlussfassung des Ausschusses für Wissenschaft und Forschung am 29.11.2001

Transparente Forschung in NRW auf der Grundlage eines breiten gesellschaftlichen Konsenses

Die Fragen der ethischen Bewertung und rechtlichen Rahmensetzung für die Forschung im Bereich der Bio- und Gentechnologie im Allgemeinen und im Bereich der Forschung an menschlichen Stammzelllinien im Besonderen haben Bedeutung weit über Nordrhein-Westfalen hinaus. Grundlegende Entscheidungen hierzu können nur auf Bundes- oder EU-Ebene getroffen werden; darüber hinaus ist eine weltweite internationale Übereinkunft über diese Frage anzustreben.

Der Landtag geht daher davon aus, dass der Deutsche Bundestag unter Berücksichtigung der Empfehlungen seiner Gremien im Januar 2002 einen Beschluss zur Stammzellenforschung in Deutschland fassen wird. Er begrüßt die Ankündigung der DFG, diesen Beschluss zur Grundlage ihrer Entscheidung über Anträge zur Forschung an Stammzellen zu machen.

Darüber hinaus stellt der Landtag fest, dass die im Zusammenhang mit der Forschung an Stammzellen auch in Zukunft notwendige intensive ethische, rechtliche und politische Reflexion ein hohes Maß an Transparenz und Kontrolle erfordert. Dies ist gerade bei Forschung an humanen embryonalen Stammzellen in dem vom Landtag gewünschten Maße nur an öffentlichen Einrichtungen - den Hochschulen und Forschungseinrichtungen des Landes - möglich, die auch auf diese Weise ihrer im Hochschulgesetz verankerten Verantwortung gegenüber der Gesellschaft gerecht werden können.

Einen sinnvollen Beitrag hierzu kann auch das Kompetenznetzwerk Stammzellenforschung darstellen, das die Landesregierung auf Empfehlung der Ministerin für Schule, Wissenschaft und Forschung gründen will. Der Landtag erwartet daher insbesondere, dass Strukturen der Reflexion und des gesellschaftlichen Dialogs vorrangige und konstitutive Elemente dieses Netzwerkes sein werden.

Datum des Originals: 29.11.2001/Ausgegeben: 04.12.2001

Die Veröffentlichungen des Landtags sind fortlaufend oder auch einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 40002 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, Telefon (02 11) 8 84-24 39, zu beziehen.

Der Landtag fordert die Landesregierung auf, keine Fakten zu schaffen für den Import embryonaler Stammzellen und die Forschung an ihnen, bis der Bundestag im Januar 2002 zu einer Meinungsbildung gekommen ist.

Dietrich Kessel
(Sprecher der SPD-Fraktion)

Manfred Kuhmichel
(Sprecher der CDU-Fraktion)

Dr. Ruth Katharina Seidl
(Sprecherin der Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Rudolf Henke
Dr. Hans-Joachim Joseph
Franke
Dr. Hans-Ulrich Klose
Marie-Theres Ley